



## Bundesregierung unterstützt Verhandlungen zu einem europäischen Waldabkommen in Bonn

Bundesregierung unterstützt Verhandlungen zu einem europäischen Waldabkommen in Bonn  
Von 3. bis 7. September 2012 findet in Bonn die zweite Verhandlungsrunde zur Erarbeitung einer Europäischen Waldkonvention statt. Im Rahmen der Verhandlungen soll Europa ein rechtsverbindliches Abkommen zum Schutz und zur nachhaltigen Bewirtschaftung des Waldes erhalten. Der Startschuss dafür ist im Jahr 2011 in Oslo gefallen, wo die Ministerkonferenz von "Forest Europe", einer Kooperation von 46 Staaten sowie der EU-Kommission, tagte. Der Parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Peter Bleser, lobte anlässlich der Eröffnung der Konferenz das Projekt und warnte zugleich vor der Gefährdung des Lebensraumes Wald: "Klimawandel, Waldbrände und Schadinsekten sind große Herausforderungen für die Erhaltung der Wälder, die uns als wertvolle Wasserfilter, Kohlenstoffspeicher, Erholungsraum und Rohstofflieferanten dienen. Gleichzeitig muss aber auch weltweit ein tragfähiger Ausgleich zwischen der Deckung des steigenden Holz- und Energiebedarfs aus den eigenen nachwachsenden Wäldern und der Forderung nach mehr Naturschutz gefunden werden." Im weltweiten Vergleich sind die europäischen und insbesondere die deutschen Wälder sehr gut aufgestellt. Allein Deutschland besitzt elf Millionen Hektar artenreiche und hochwertige Wälder mit hohen Holzvorräten, den größten in Europa. "In Deutschland wird der Wald seit 300 Jahren nach dem bewährten Prinzip der nachhaltigen Forstwirtschaft bewirtschaftet. In den letzten vier Jahrzehnten hat die Waldfläche in Deutschland um eine Million Hektar zugenommen. Dagegen werden weltweit rund 13 Millionen Hektar Naturwälder pro Jahr zerstört, insbesondere in den Tropen. Vor diesem Hintergrund wäre es auch ein gutes Signal, wenn das Sekretariat der künftigen Waldkonvention am UN-Standort Bonn angesiedelt würde, um von dort aus die nachhaltige Waldbewirtschaftung auf paneuropäischer Ebene voranzubringen", sagte Bleser.  
Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)  
Wilhelmstraße 54  
10117 Berlin  
Deutschland  
Telefon: 03 0 / 1 85 29 - 0  
Telefax: 03 0 / 1 85 29 - 42 62  
Mail: [poststelle@bmelv.bund.de](mailto:poststelle@bmelv.bund.de)  
URL: <http://www.bml.de>

### Pressekontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

[bml.de](http://bml.de)  
[poststelle@bmelv.bund.de](mailto:poststelle@bmelv.bund.de)

### Firmenkontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

[bml.de](http://bml.de)  
[poststelle@bmelv.bund.de](mailto:poststelle@bmelv.bund.de)

Mit Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 22. Januar 2001 wurde das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) zu einem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) umgebildet. Dem neuen Ministerium wurden aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit die Zuständigkeiten für den Verbraucherschutz sowie aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die Zuständigkeit für die Verbraucherpolitik übertragen. Darüber hinaus erfolgte die Verlagerung des Bundesinstituts für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärwesen (BgVV) in den Geschäftsbereich des BMVEL. Mit der Umorganisation erhält der vorsorgende Verbraucherschutz in Deutschland einen neuen Stellenwert. Dies soll unter anderem auch durch eine neue Landwirtschaftspolitik zum Ausdruck kommen, die den Erwartungen und Bedürfnissen der Verbraucher Rechnung trägt, ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Verbrauchern fördert, den Tierschutz weiterentwickelt und den Grundsatz der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft verankert. Da ein großer Teil der Politikbereiche des Ministeriums gemeinschaftsrechtlichen Regelungen unterliegt, besteht die wichtigste Aufgabe des Ministeriums darin, die vielschichtigen Interessen innerhalb Deutschlands zu kanalisieren und als deutsche Interessenlage in den Meinungsbildungs- und Rechtssetzungsprozess der Europäischen Union einzubringen. Darüber hinaus trägt das Ministerium dafür Sorge, dass Gemeinschaftsrecht in Deutschland ordnungsgemäß angewandt werden kann. Zum Geschäftsbereich des Ministeriums zählen - neben dem neu hinzugekommenen BgVV - unter anderem das Bundessortenamt, zehn Bundesforschungsanstalten sowie die Zentralstelle für Agrardokumentation und -information. Darüber hinaus hat das Ministerium die Aufsicht über vier Anstalten des öffentlichen Rechts, darunter die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.